

# DIE AMEISE

VERBANDSORGAN DER PORZELLAN- UND VERWANDTEN ARBEITER UND ARBEITERINNEN

IMMER • STREBE • ZUM • GANZEN • UND • KANNST • DU • SELBÈR • KEIN • GANZES • WERDEN  
ALS • DIENENDES • GLIED • SCHLIÈSS • AN • EIN • GANZES • DICH • AN

REDAKT. U. EXPED.: CHARLOTTENBURG, ROSINEN-STR. 3

PRIVAT-POSTABONNEMENT: PRO VIERTELJAHR 2 MARK

No. 52

Charlottenburg, Freitag, den 28. Dezember 1906

Jahrg. 33

## Sperrn.

**Vollsperrn in Deutschland:** Brambach i. Voigtland (Reinhardt & Köhler). Düsseldorf (Hohmann). Elberfeld (Peters Emailierwerk). Elkerwerda (Steingutfabrik). Göppingen (Emailierwerk). Köppelsdorf (Hering & Welthase). Langenberg bei Gera (Buse & Büttner). Lauf (Fritz Krug). Martinroda (Eger & Co.) Neuhaldensleben. (Deutsche Steingutfabrik vorm. Gebr. Hubbe). Sorau. Stozheim. Wunstedel. Berlin für Schildermaler.

**Halbsperrn in Deutschland:** Alexandrintal (Rechnagel). Bonn (Mehlem). Düsseldorf (Wormann & Elbers, Emailierwerk). Flörsheim a. Main. Freienorla. Gräfenroda (Seene, Heißner, Ebert & Menz). Königszelt-Kranichfeld. Neustadt bei Coburg. Oeslau. Passau. Rudolstadt (Schäfer & Vater). Schaala. Scheibe. Schlierbach. Schweidnitz. Stanowitz. Tettau. Triptis.

**Sperrn in Oesterreich:** Königsfeld bei Brünn für Maler. Briesen bei Bilm (Nestler & Co.). Fünfkirchen. Gutendorf in Süd-Steiermark (Wessely & Co.). Joles (Porzellanfabrik). Lboje bei Gili in Steiermark (Schütz). Klösterle. Oberlaa bei Wien (Pilar). Tichy & Schönfeld in Lessau für Maler. — Lessau (Tischy & Schönfeld).

## Ein Rückblick.

Man schreibt uns:

Wenn wir am Schlusse dieses Jahres einen kurzen Blick auf seinen Verlauf werfen, so tritt uns in erster Linie der gewaltige wirtschaftliche Aufschwung vor Augen, der im Jahre 1906 während seiner ganzen Dauer in immer steigendem Maße eingetreten ist und noch anhält. Seit sechs Jahren war keine solch günstige Konjunktur, fast alle Industrien konnten eine außerordentliche Vermehrung der Arbeitsgelegenheit verzeichnen und die statistischen Gradmesser des Arbeitsmarktes registrierten eine sich von Monat zu Monat verringernde Anzahl der Arbeitslosen. Die Arbeitslosenstatistik des Kaiserlichen Statistischen Amtes wies am Schlusse des dritten Quartals mit 1,0 pCt. Arbeitslosen gegen 1,4 pCt. im Vorjahr den niedrigsten seit dem Bestehen der Statistik verzeichneten Stand auf; eine Stichzählung Ende August hatte sogar nur 0,7 pCt. Arbeitsloser ergeben.

Die Statistik der deutschen Arbeitsnachweise (veröffentlicht im „Arbeitsmarkt“) zeigte ebenfalls das ganze Jahr hindurch einen Rückgang der Arbeitsuchenden, wie er seit vielen Jahren nicht mehr hätte verzeichnet werden können. Die Produktion fühlte sich so angeregt, daß sogar über großen Mangel an Arbeitskräften geklagt und von einigen Seiten allen Ernstes die Einfuhr von Negern und Chinesen angeregt wurde, um dem Arbeitermangel abzuhelfen.

Die Zeichen einer ausgezeichneten Konjunktur zeigten sich auf allen Gebieten des wirtschaftlichen Lebens. Zahlreiche industrielle Betriebe wurden neu gegründet, viele alte Betriebe wurden erweitert. Die Ausweise und Statistiken der Transportanstalten, Gewerbe, Banken, Aktiengesellschaften u. s. w. lassen alle erkennen, daß die Zeiten der letzten Hochkonjunktur erreicht und überschritten sind.

Die Landwirtschaft blickt auf mehrere gute Ernten zurück, heuer ist namentlich die Roggenernte sehr gut ausgefallen. Es ist daher kein Wunder, wenn Kraut- und Schlotunter Jubelbinnen anstimmen und mit dem verflorenen Jahr vollständig

zufrieden sind, soweit bei diesen Nimmersatten von Zufriedenheit die Rede sein kann. Die Arbeiter haben keine Ursache, mit den Verhältnissen, wie sie sich besonders mit dem Beginn der neuen Zoll-Ära entwickelten, zufrieden zu sein. Trotz aller Anstrengungen vermochten sie bisher von dem gesteigerten Arbeitsertrage nur einen geringen Anteil zu erlangen, der zudem durch die eingetretene enorme Verteuerung aller Lebensmittel und Bedarfsartikel wieder vollständig ausgeglichen wurde.

Daher waren auch fast alle Industrien neben ihrem Aufschwung auch zugleich der Schauplatz wirtschaftlicher Kämpfe, da die Arbeiter selbstredend durch Lohnkämpfe die so überaus günstige Konjunktur für sich auszunutzen und von dem Millionenregen an Gewinnen, Dividenden und Profiten, der in diesem Jahre über die Industriellen und Junker hernieder gegangen ist, ein kleines Quentchen für sich zu behalten anstrebten.

Diese heftigen andauernden Auseinandersetzungen zwischen Kapital und Arbeit, wobei ein merklich gesteigertes Solidaritätsgefühl auf beiden Seiten zu Tage trat, gehören geradezu zur Signatur des Wirtschaftslebens im vergangenen Jahr und werden, wenn der industrielle Aufschwung noch eine Zeit lang anhalten sollte, weder an Umfang, noch an Erbitterung verlieren.

Die Lebenshaltung der Arbeiter ist durch die Preissteigerungen der Nahrungsmittel und Verbrauchsgegenstände ganz enorm verteuert worden. Es muß hervor gehoben werden, daß die Preiserhöhungen der meisten unentbehrlichen Bedarfsartikel nicht so sehr eine Begleiterscheinung des wirtschaftlichen Aufschwungs als vielmehr eine Folge der agrarischen Liebespolitik ist. Je besser es den Agrariern ging, je größeren Nutzen die Industriellen aus der günstigen Konjunktur des Marktes ziehen, desto schwieriger wird es dem Volke gemacht, die Gunst der Stunde zu nützen.

Diese Tatsache steht trotz aller Ablehnungsversuche der kapitalistischen Goldschreiber fest. Augenblicklich gibt es im gesamten deutschen Wirtschaftsleben nur eine Tendenz; Möglichst hohes hinausschrauben der Preise für alle Bedarfsartikel.

Diese Aufwärtsbewegung der Warenpreise hat die Verbrauchsfähigkeit der Arbeiterschaft jedoch derart gehemmt, daß jetzt schon ernste Störungen in Bezug auf die Ernährungsmöglichkeit eingetreten sind. Nach ziemlich zuverlässigen Berechnungen haben sich die Kosten für die Ernährung einer fünfköpfigen Familie im verflorenen Jahre um rund 15 pCt. gesteigert. Demgegenüber sind die Lohnerhöhungen, die den Arbeitern entweder freiwillig gewährt oder von ihnen durch Lohnbewegungen erreicht wurden, auch nicht annähernd gleich hoch gewesen und in keiner Weise in dem Maße eingetreten, wie es die allgemeinen Preissteigerungen bedingt hätten. Es blieb deshalb nichts übrig, als den Hungerriemen fester zu schnallen und durch Verbrauch minderwertiger Qualitäten das Defizit zwischen Einnahme und Verbrauch zu decken zu suchen.

Ein erfreuliches Moment brachten diese Preissteigerungen. Die Arbeiter fingen an weiter zu denken und nach zu sinnen, wie es möglich ist, ihren Ausbeutern und Blutsaugern ein Paroli zu bieten. Dies brachte in Verbindung mit den gewerkschaftlichen Erfolgen eine denkbar günstige Entwicklung der Gewerkschaftsbewegung überhaupt.

In Massen sind ihr die Arbeiter zugestreckt, einsehend, daß nur eine geschlossene Phalanx im Stande ist, dem sie erbrüden den Riesen Kapitalismus Widerstand zu leisten und eine bessere Lebenshaltung zu erringen.

Die Gewerkschaften haben sich denn auch im abgelaufenen Jahr wieder als ausgezeichnete Regulator der ökonomischen

Verhältnisse erwiesen. Tausende von Lohnbewegungen sind geführt, für Hunderttausende von Arbeitern sind Lohn erhöhungen, Arbeitszeitverkürzungen und andere Vorteile erreicht worden. Trotz dieser Kämpfe und teilweise unter dem Einfluß derselben vollzog sich der organisatorische weitere Ausbau der Gewerkschaftsbewegung in günstigster Weise, zahlreiche Organisationen haben im verflochtenen Jahr ihren Wirkungskreis erweitert und ihre Leistungsfähigkeit erhöht. Auch die Erziehungsarbeit hat im abgelaufenen Jahr große Fortschritte gemacht. Je größere Massen organisierter und auch unorganisierter Arbeiter von den Unternehmern in Kämpfe förmlich hinein getrieben wurden, um so erfolgreicher war die praktische Erziehungsarbeit der Gewerkschaften.

Der sozialdemokratische Parteitag in Mannheim bedeutet einen Markstein in der Entwicklung der deutschen Arbeiterbewegung und seine Verhandlungen haben für die Arbeiter nach verschiedenen Richtungen hin gute Früchte gezeitigt. Die Grenzlinien, die in Bezug auf den politischen Massenstreik gezogen worden sind, die Debatten über „Gewerkschaften und Partei“ u. a. m. haben den Blick der Arbeiterschaft wieder mehr auf die grundsätzlichen Fragen der Arbeiterbewegung gelenkt, sie haben aber auch in gewissen Parteilreisen wieder den Sinn für die große Bedeutung der Gewerkschaftsbewegung im Klassenkampf geweckt, vor allem aber der einigenden Zusammenarbeit von Partei und Gewerkschaften die Wege gewiesen. In sozialpolitischer Hinsicht stand das Jahr 1906 gleich seinen Vorgängern auf dem toten Gesesse. Umfassende, durchgreifende Reformen wurden nirgends vorgenommen, dagegen beschwerte die Reichsregierung den Arbeitern gegen das Ende des Jahres einen Gesetzentwurf, der den Wünschen und Forderungen der Arbeiterklasse direkt widersprach.

Im Wirtschaftsleben war der verminderte Einfluß politischer Vorgänge auf das eigentliche Geschäftsleben eine auffallende Erscheinung. Die Unruhe und die Schwankungen der äußeren Politik blieben fast ohne Einfluß auf das Warengeschäft. Die Vorgänge in Rußland berührten das nichtrußische Geschäft sehr wenig, im Gegenteil wirkte die Zerstörung wirtschaftlicher Werte in Rußland in dem Sinne, daß das Land von der auswärtigen Produktion abhängiger wurde.

Das Verhältnis zu England, das noch gegen Ende des Vorjahres zu einer bedenklichen Verquickung von Politik und Geschäft zu führen drohte, ist im Laufe des Jahres, Dank der Sympathieumgebungen haben und drüben, wieder gut, ebenso das Verhältnis zu unsern andern Nachbarstaaten, nirgends beeinflusste die Politik die Geschäfte in erheblichem Maße, wie dies in früheren Jahren vielfach der Fall war. Trotz alledem geht die deutsche Industrie schweren Zeiten entgegen, die ihr aus den großen Erschwerungen der neuen Zollpolitik erwachsen sind. Der guten Konjunktur wird in absehbarer Zeit der unvermeidliche Rückschlag mit all seinen unangenehmen Begleiterscheinungen folgen. Wann die von den Arbeitern am meisten gefürchtete Krise eintreten wird, läßt sich heute mit Bestimmtheit noch nicht sagen. Daß sie kommen, unfehlbar kommen wird, damit haben die Arbeiter aber sicher zu rechnen. Und auf diesen Umstand haben sie sich vorzubereiten. Es gilt, in erster Linie die Organisationen zu verstärken, um in der Stunde der Gefahr einen treuen Freund und Helfer zu haben. Die Arbeiter müssen auf sich selber bauen, sie haben von keiner andern Seite wirkliche Hilfe zu erwarten. Es gilt wie im alten, so auch für's neue Jahr treu zur Fahne zu stehen und neue Kämpfer zu werben, damit allen Stürmen getrotzt, allen Fährlichkeiten und Gefahren Widerstand geleistet werden kann. Deshalb auf zu neuem Schaffen, neuen Kämpfen!

## Konferenz der Vertreter der Vorstände der Zentralverbände.

Berlin, den 26. und 27. Novemb. 1906.

Die vierte Konferenz der Vertreter der Vorstände der Zentralverbände war berufen mit besonderer Rücksicht auf die Notwendigkeit, anlässlich der Vorlage des Gesetzentwurfes betr. Eingetragene Berufsvereine einen außerordentlichen oder allgemeinen Gewerkschaftskongress ein zu berufen. An die Entscheidung über diese aktuelle Frage schlossen sich weitere Beratungen über den Internationalen Sozialisten- und Arbeiter-Kongress zu Stuttgart 1907, über die Weiterführung und Ausgestaltung der gewerkschaftlichen Unterrichtskurse, über die Auslegung der Resolution des Kölner Gewerkschaftskongresses betr. Streikunterstützung, über die Frage der Jugendorganisation und über die Herausgabe eines Jahrbuches der deutschen Gewerkschaften.

Für die Einberufung eines Gewerkschaftskongresses, der Stellung zu dem Gesetzentwurf betr. Eingetragene Berufsvereine nehmen soll, hatten sich vorher bereits auf dem Wege einer Umfrage 57 Vorstände entschieden, dagegen kein einziger. Ebenso stimmten 45 Vorstände der Anregung zu, daß dieser Kongress ein Kongress aller Gewerkschaftsrichtungen sein solle, dagegen stimmte nur ein Vorstand, bedingt dagegen 2. Der Vorschlag der Generalkommission, alle Gewerkschaftsrichtungen nicht bloß zu diesem Kongress ein zu laden, sondern auch die Einberufung gemeinsam von ihnen unterzeichnen zu lassen, fand nur bei wenigen Vertretern Widerspruch. Es herrschte zwar nur geringe Zuversicht, daß die christliche Gesamtleitung sich einem gemeinsamen Gewerkschaftskongresse anschließen werde, besonders nach der zweifelhaften Haltung des Zentrums in den ersten Tagen der Reichstagsberatung über den Gesetzentwurf. Aber das dürfte kein Grund sein, den Plan eines allgemeinen Kongresses fallen zu lassen. Bleiben die christlichen Gewerkschaften fern oder ziehen sie es vor, zu dem Gesetzentwurf auf einem Kongress Stellung zu nehmen, der überwiegend von Nichtberufsvereinen besetzt wird, so setzen sie sich damit selbst ins Unrecht. Indes sollen zu dem Kongress nur Gewerkschaften eingeladen werden, die auf dem Boden des § 152 der G.-O. stehen und bereit sind, auch Kämpfe für die Verbesserung der Arbeiterinteressen zu führen.

Gegen die Einberufung eines Allgemeinen Gewerkschaftskongresses erhebt sich kein Widerspruch. Zu dem Kongress sollen die christlichen Gewerkschaften und die Girsch-Dunderschen Gewerkschaften eingeladen werden. Der Kongress soll zu einem Zeitpunkt einberufen werden, wo seine Verhandlungen auf den Gang der Kommissionsverhandlungen über den Gesetzentwurf im Reichstage noch ein zu wirken vermögen. Für den Umfang der Delegation unserer Gewerkschaften sollen die Vorschriften für die Gewerkschaftskongresse gelten, die betr. der Delegiertenzahl als Maximalgrenze. Den christlichen und Girsch-Dunderschen Organisationen soll der gleiche Modus der Vertretung vorgeschlagen werden. Die Art der Wahl der Delegierten bleibt den Verbänden überlassen.

In bezug auf die Delegation zum nächstjährigen Internationalen Kongress in Stuttgart hatte der Parteivorstand eine Beschränkung der Delegiertenzahl der deutschen Nation auf 300 vorgeschlagen, wonach auf die politische Partei und auf die Gewerkschaften je 150 Vertreter entfielen. Die Zustimmung der Konferenz zu dieser Einschränkung voraus gesetzt, unterbreitete die Generalkommission geeignete Vertretungsvorschläge, denen die Konferenz zustimmt. Es soll darauf hingewirkt werden, daß die Frage des 1. Mai noch auf die Tagung des Kongresses gesetzt und ferner ein Protokoll der Verhandlungen in der deutschen Delegation heraus gegeben wird. Auch soll die Frage einer Aenderung des Abstimmungsmodus auf diesen Kongressen in Stuttgart zur Erörterung gebracht werden.

Die Beratung über die gewerkschaftlichen Unterrichtskurse ergab allseitige Zustimmung für deren Weiterführung. Zahlreiche Redner sprachen sich auch für deren Ausdehnung aus. Um so mehr erregte es Befremden, daß der Vertreter des Holzarbeiterverbandes erklären mußte: die Mehrheit seines Vorstandes habe beschlossen, „in Zukunft nicht mehr Mitglieder an den Kursen teilnehmen zu lassen, da es sich nicht rechtfertige, solche Einrichtungen nur Einzelnen zugute kommen zu lassen“. Mit Recht wurde dem entgegen gehalten, daß es dem Vorstände ja frei stehe, nicht bloß Verbandsangestellte, sondern auch agitatorenfähige Mitglieder an den Kursen teilnehmen zu lassen, und daß es sich sogar empfehle, auf diese Art einen tüchtigen Nachwuchs von Verbandsvertretern heran zu ziehen, anstatt die ohnehin überlasteten Gewerkschaftsbeamten noch mit der Teilnahme an den Kursen zu überbürden. Der Vorstand des Zentralverbandes der Maurer stellt in Aussicht, daß sein Verband in jedem Jahre 50 Mitglieder zu den Kursen delegieren werde. Würden die anderen Gewerkschaften den Kursen das gleiche Interesse entgegen bringen, so werde man bald solche Kurse während des ganzen Jahres mit dauernd besoldeten Lehrkräften abhalten können.

Im übrigen wurden zahlreiche Wünsche in bezug auf den Termin der Kurse, auf die Gestaltung derselben und auf die Drucklegung der Vorträge geäußert. Für eine Ausdehnung der Kurse auf die Dauer von 6 Wochen erklärten sich 28 Vorstände. Nur für Herbstkurse stimmten 17, während 18 Vorstände erklärten, daß ihre Organisationen auch Frühjahrskurse beschicken können. Den Ausführungen des Vorsitzenden, daß eine kritische Besprechung der Unterrichtskurse in der Fachpresse vermieden werden möge, stimmt die Konferenz zu.

Die Beratung über die Auslegung der Kölner Resolution 1905 betr. Streikunterstützung deckte eine Reihe von Unzulänglichkeiten auf, die sich im Verlaufe der Unterstützung von Streiks

und Aussperrungen aus allgemeinen Sammlungen ergeben hatten. Es zeigte sich, daß die Konferenz im allgemeinen der Auffassung der Generalkommission zustimmte, wonach Unterstüßungen aus allgemeinen Mitteln nur während der Dauer von Ausständen gezahlt werden sollen, darüber hinaus nur in ganz außerordentlichen Noisfällen. Die Konferenz stimmt folgender Regelung zu: Zur Frage der allgemeinen Streiksammlungen gilt als Grundlag, daß mit der Beendigung des Kampfes, für den gesammelt wurde, auch die Auszahlung der gesammelten Gelder an die betreffende Gewerkschaft aufhört.

Es bleibt der Generalkommission überlassen, in dem Falle, daß sich die betreffende Gewerkschaft bei beziehungsweise kurz nach der Beendigung des Kampfes, für den gesammelt wurde, und infolge desselben in einer ganz außergewöhnlichen Noilage befindet, nach zu prüfen, ob sich eine weitere Unterstüßung nach Beendigung des Kampfes noch rechtfertigt.

Zur Frage der Jugendorganisation berichtet Legien, daß die Generalkommission, durch die Berliner Jugendorganisation zur Stellungnahme veranlaßt, mit dem Parteivorstande über diese Frage verhandelt habe, da eine einheitliche Behandlung der letzteren seitens der politischen und der gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung erwünscht sei. Die Generalkommission halte eine besondere Zentralorganisation der Jugendlichen nicht für zweckdienlich, weder in der Vertretung wirtschaftlicher Interessen, noch auf dem Gebiete der Jugendberziehung, sondern eher als nachteilig. Nicht die Schaffung einer Jugendorganisation, sondern eine zweckentsprechende Organisation der Jugendberziehung müsse die Aufgabe sein, an der Partei und Gewerkschaften gleicherweise arbeiten sollten. Die Organisierung der jugendlichen Arbeiter müssen sich die Gewerkschaften mehr angelegen sein lassen. Die einzelnen Gewerkschaftsvorstände und Verbandstage sollten sich eingehend mit der Frage befassen, wie die Jugendlichen zu den Gewerkschaften besser heran zu ziehen und in diesen zu erhalten seien. Dann müsse der nächste Gewerkschaftskongreß besonders sich mit der Frage der jugendlichen Arbeiter und des Lehrlingswesens beschäftigen, wozu die nächste Vorstandskonferenz entsprechende Vorschläge unterbreiten könne.

Die Konferenz stimmte diesen Ausführungen zu.

An letzter Stelle beschäftigte sich die Konferenz mit der Herausgabe eines Jahrbuches. Der Vorsitzende teilt mit, daß die Generalkommission ein solches Jahrbuch heraus geben wolle, sobald die Konferenz der Vorstände ein Bedürfnis dafür anerkenne. Das Jahrbuch solle dann in Halbjahrshäften im Gesamtumfang von 25—30 Bogen erscheinen und die Statistiken der verschiedenen Art, sowie die Berichte über die Kongresse und Generalversammlungen in etwas erweiterter Form enthalten, wodurch das „Corr.-Bl.“ wesentlich entlastet würde und mehr seinen weiteren Aufgaben gerecht werden könnte. Die Gratis-Auflage des Jahrbuchs sei auf 2—3000 Exemplare bemessen, doch könne es darüber hinaus auch weiteren Gewerkschaftskreisen zum Selbstkostenpreise von etwa 1,20 Mk. pro Jahr zugänglich gemacht werden. Auszugsweise werden die Statistiken und Kongreßberichte im „Corr.-Bl.“ natürlich auch in Zukunft behandelt.

Nach kurzer Debatte erklären sich 26 Vorstände für die Notwendigkeit der Herausgabe eines Jahrbuches, und 11 dagegen.

Eine Anregung in bezug auf ein einheitliches Schema für Ueberrittsbestimmungen wurde dem Antragsteller zur weiteren Ausarbeitung und Mitteilung an die Gewerkschaftsvorstände überlassen. Damit war die Tagesordnung der zweitägigen Konferenz erschöpft.

### Eine Absage.

Der Vorsitzende der Versicherungsanstalt Berlin Dr. jur. Freund, gibt sich bekanntlich alle Mühe, den in den freien Gewerkschaften organisierten Arbeitern die politische Organisation der Sozialdemokratie nicht nur als überflüssig, sondern auch als schädlich erscheinen zu lassen. Einer unserer Kollegen fertigt diesen „Arbeiterfreund“ in folgendem ab:

In bürgerlichen Kreisen finden die Gewerkschaften des öfteren Verehrer, welche es an schönen Worten und schließlich auch an finanzieller Unterstüßung den Gewerkschaften gegenüber nicht fehlen lassen. Daß diese Leute die ärgsten Feinde der sich frisch entwickelnden Gewerkschaftsbewegung sind, werde ich in Nachfolgendem beweisen.

In letzter Zeit verstande ein Herr Dr. jur. Richard Freund ein Schriftchen betitelt „Sozialdemokratie und Arbeiterchaft“ — unter letzterer sind die Gewerkschaften gemeint — speziell an die Gewerkschaftskartelle, in welchem Schriftchen Freund den von der „Sozialdemokratie bevormundeten Gewerkschaftlern“ vor Augen führen will, daß für sie die Partei eher schädlich als nützlich

wirke. Das Ideal des Herrn Dr. ist, eine selbständige Arbeiterpartei zu schaffen, welche schließlich mit den Arbeitgebern hübsch Hand in Hand gehen soll um auf sozialpolitischem Gebiet Fortschritte zu erreichen. Ferner spricht man in dieser Belehrungsschrift davon, daß die Arbeitgeber erfreulicherweise bestrebt seien, ernstlich die Lage ihrer Arbeiter zu verbessern — das haben diese Herren durch ihre Aussperrungsgelüste bei jedem kleinen Anlaß freilich schlecht bewiesen. Uebrigens machen sich des öfteren diese lebenswürdigen Arbeitgeber auch in unserem Beruf durch Lohnreduzierungen und sonstige Arbeitsverschlechterungen bemerkbar.

Es wird dann auch von „Gleichberechtigung“ der Arbeiter mit den Unternehmern in jener Broschüre geredet. Daß die herrschenden Klassen im Gegenwartsstaate sich nicht im mindesten freiwillig dazu verstehen werden, den Arbeitern auch nur einen Atom von Gleichberechtigung zu gewähren, versteht sich am Rande.

Der weise Mann rühmt dann die sozialpolitische Tätigkeit von Staat und Gesellschaft, welche den Arbeiter gegen Krankheit und Unfälle versichert, ihm im Alter oder bei Eintreten der Invaldität sogar eine „Pension“ gewähren. Wie diese Pension zum großen Teil ausfällt, lesen wir nur zu oft in der Partei- sowie Gewerkschaftspressen und doch wird ferner noch hervor gehoben, daß für gesunde Arbeitsräume gesorgt sei. Was die letzteren anbelangt, so können hauptsächlich die Porzellanarbeiter und die Angehörigen verwandter Berufe ein Liedchen davon singen, in was für „gesunden Arbeitsräumen“ sie Werte für ihre „liebervollen, fürsorgenden“ Arbeitgeber erzeugen müssen; denn die sanitären Verhältnisse sind in unserem Berufe zum großen Teil recht mißliche. Beträgt doch das Durchschnittsalter der Arbeiter in unserem Berufe nicht viel über 30 Jahre und gibt es doch fast keinen Beruf, in welchem die Proletarierkrankheit so schrecklich viele Opfer fordert, als gerade in der Porzellan-Industrie.

Weiter wird dann von Freund gesagt: „Daß all dies sozialpolitische Wirken die sozialen Gegensätze sehr abschwäche. Reich und arm, hoch und niedrig, Arbeitgeber und Arbeitnehmer, sie alle wurden einander näher gebracht und lernten sich verstehen.“ Wir meinen aber dagegen, daß wohl niemals die Klassengegensätze größere waren als heute: Gibt es doch verdammt wenig Arbeitgeber, welche ihre Arbeiter als gleichberechtigt ansehen.

Endlich fordert der gute Mann, daß die Gewerkschaften wie in England zu einer selbständigen Arbeiterpolitik, zur Bildung einer Arbeiterpartei, zur Aufstellung eigener Arbeiterkandidaten übergehen sollen. Ein Arbeiterminister, wie der gegenwärtige in England, sei für die Arbeiter mehr wert, als die ganze Sozialdemokratie. Letztere habe dem Arbeiter in den Sattel geholfen, nun könne er reiten. — Zum Schluß wird die Matfeier von dem Verfasser eine Provokation genannt.

Aus Gewerkschaftskreisen sei diesem Dr. jur. Freund gesagt, daß er mit seiner Arbeiterpolitik und angeblichen Arbeiterfreundlichkeit bleiben kann wo der Pfeffer wächst; denn wir müssen in dem Verfasser dieser arbeiterfeindlichen Broschüre einen Scharfmacher erster Güte, welcher vor Buell und Genossen nicht zurück zu treten braucht, sehen. Wir als Gewerkschaftler haben schon längst erkannt, welche Partei unsere Interessen am besten und energischsten vertritt und ist dies einzig und allein die Sozialdemokratie und das Ansinnen dieses Mannes, uns im politischen Leben von dieser Partei zu trennen, müssen wir ganz entschieden zurück weisen. Gewerkschaftler! Zeigt, daß es euer Ernst ist, den Parteitagsbeschuß von Mannheim hoch zu halten, schließt euch der sozialdemokratischen Parteiorganisation an, bestellt und lest das Parteiorgan. Trotz alledem! Das wird die beste Antwort auf den Vorstoß dieses Doktors sein.

### Verbandsangelegenheiten.

#### Verbandsstatistik.

Mit dem 29. Dezember schließt das statistische Formular ab. Es wollen daher alle Mitglieder die letzten Eintragungen an diesem Tage machen und sich dann nochmals vergewissern, ob sie auch alle Fragen beantwortet haben, insbesondere auch die über der Eintragungstabelle und auf der Außenseite des Formulars, und ob die Eintragungen den in Nr. 45 und 46 der „Anweisung“ gegebenen Anleitungen entsprechen.

Es sei nochmals daran erinnert, daß als Mitgliedsnummer die zuletzt empfangene und als Alter die Zahl der am 29. Dezember voll zurück gelegten Jahre anzugeben ist. Soweit also die etwa früher gemachte Angabe am 29. Dezember nicht mehr zutrifft, durchstreichet und ersetze man sie durch die nun zutreffende.

Die eingetragenen Zahlen unter den Fragen 1 bis 6 sind zunächst nach Quartalen und dann für das ganze Jahr auf zu rechnen wie das auf dem Formular ersichtlich. Sodann ist der Gesamtlohn durch die Zahl der Arbeitstage zu teilen, um so den durchschnittlichen Tagesverdienst für 6 Tage (eine Arbeitswoche) zu ermitteln. Die Feststellungsart ist auf der Rückseite des Formulars da, wo die Berechnung und Eintragung erfolgen soll, verständlich gemacht.

Nur diejenigen Mitglieder, welche nicht mehr in einem für den Verband in Frage kommenden Berufe arbeiten und ohne Weiteres sich zur Leistung des höchsten Verbandsbeitrages verpflichten, sind von der Ausfertigung der Statistik befreit. Alle andern Mitglieder, auch Kranke und invalide, müssen die Statistik ausfertigen. Weigerung oder fest zu stellende Angaben wider besseres Wissen führen eventuell zum Verlust der Mitgliedschaft. Wir sprechen aber nochmals die Hoffnung aus, daß kein Mitglied den Verbandsbeitrag oder böswilligen Quertreiberei durch Verweigerung der Angaben auf sich laden wird.

In der letzten Woche nach Neujahr wollen die Kontrolleure die letzte Kontrolle vornehmen unter Vergleich mit dem Lohnbuch und die Formulare einsammeln. Spätestens am Sonntagabend, den 3. Januar, müssen die Formulare von den Kontrolleuren an die Zahlstellentassierer abgegeben werden und ist dabei schriftlich anzugeben, welche Mitglieder sich weigerten, die Statistik auszufertigen bzw. abzugeben und welchen Grund sie für die Weigerung angaben.

Nach Empfang der Formulare wollen die Kassierer sogleich die Durchsicht und Nachrechnung der Formulare durch Verwaltungsmitglieder oder sonstige von der Verwaltung dazu bestimmte Mitglieder veranlassen. Die Verwaltungen werden dringend ersucht, diese Arbeit den Kassierern nicht zu überlassen, damit nicht Überlastung derselben und Verzögerung in Sachen der Statistik eintritt und auch weil die Kassierer allein nicht immer die zur Nachprüfung erforderlichen Kenntnisse über die einzelnen Betriebe und Personen haben.

Nach erfolgter Prüfung und eventueller Korrektur der Angaben und Aufrechnungen wollen die Kassierer sogleich die Ausfertigung der Verdienst- und Beitragslisten vornehmen und dabei beachten, daß als Beitrag nur der Verbandsbeitrag ohne Einrechnung des Beitrages für die Zuschußklasse anzugeben ist. Auf den Verdienstlisten sind alle Mitglieder der Zahlstelle nach der Nummernfolge zu notieren, also auch Kranke, invalide, in andern Berufen beschäftigte und solche, die statistische Angaben verweigern. Dann ist eine entsprechende Bemerkung zu machen.

Sämtliche statistische Formulare sind mit den Verdienstlisten bis spätestens den 21. Januar (von kleineren Zahlstellen entsprechend früher) an den Verbandskassierer ein zu senden, also nicht erst bis zum 31. Januar wie auf den schon im vorigen Jahre gedruckten Verdienstlisten angegeben ist.

Der Verbandsvorstand.

### Freiwillige Geldsammlungen

Für streitende Kollegen regten auch die zur Zeit ausständigen Kollegen in Langenberg bei den einzelnen Zahlstellen an. Im Anschluß hieran machen wir alle Kollegen darauf aufmerksam, daß jeder für streitende oder ausgesperrte Kollegen bestimmte Betrag unter ausdrücklicher Bezeichnung seiner Verwendung an die Hauptkasse: Genosse Herden, zu senden ist. Durch direkte Zusendung der freiwilligen Unterstützungen an die örtliche Streitleitung können die Kollegen die Streitenden nur benachteiligen, da gegebenen Falls durch veramtete geleistete Beiträge die Verbandsunterstützung für die Kämpfenden in Fortfall kommen müßte.

Der Vorst.

### 123. Vorstandssitzung vom 7. Dezember 1906

Bezüglich einer Zuschrift von Meuselwitz wurde die Rückfrage beschlossen. Zu besonderen Ausgaben werden derselben 100 Mk. aus Verbandsmitteln bewilligt. Ein Antrag von Meuselwitz auf Delegation eines Vorstandsmitglieds wird erwidert und die Sache abgelehnt. Der Antrag des General-Kommissionärs für den 1. Januar d. J. (das genaue Datum ist nicht bekannt) die Einberufung eines außerordentlichen allgemeinen Versammlungs-Kongresses verlangt. Entgegen der Stelle, welche Mitgliederversammlung hat, unter Verband Anspruch darauf, 4 Delegierte zu diesem Kongreß entsenden zu können. Dementsprechend wird beschlossen, daß von der letzten General-Versammlung gewählten Delegierten auf die Mandat für den außerordentlichen Kongreß zu übertragen, außerdem wird als vierter Delegierter der Genosse Hoffmann in Aussicht genommen. Die von der General-Versammlung festgesetzten Mandate sollen auch für diese Delegierten Geltung haben. Die Neuvermittlung des Gegenseitigkeits-Vertrages hat die Zustimmung des Vorstandes der in Reichthalen Porzellanarbeiter-Verbandes gefunden, so daß dem Mandat des Vertrages nicht mehr im Wege steht. Bezüglich der beantragten Gründung von Zahlstellen in Langenau und Grotte wird beschlossen.

beschlössen. — Bezüglich der beantragten Aufhebung der Sperrkarte über Firma Wehlen in Götting wird Beschlusfassung vertagt. — Eine Meldung für den Posten einer Hilfsarbeiterin für das Verbandsbüro kann nicht beauftragt werden, weil laut General-Versammlungsbeschlus nur Meldungen aus den Reihen der Mitglieder des Verbandes in Betracht kommen können. — Zuschriften von Langenberg und Eichenreuth werden zur Kenntnis genommen. — Von der Agitations-Kommission des 8. Bezirks beantragte Kosten für geplante Visitation werden bewilligt. — Eine Beschwerde des Mitgliedes 1821 Berlin-Weißhagen wegen Verweigerung von Krankengeld-Zuschuß wird als unbegründet zurückgewiesen, nachdem festgestellt ist, daß das Mitglied bei Eintritt der Arbeits-Unfähigkeit noch keine 52 Wochenbeiträge zur Zuschußklasse entrichtet hatte. — Eine Mitteilung von Langenberg das Mitglied 7427 betreffend, wird zur Kenntnis genommen; eine Beschlusfassung hält der Vorstand nicht für erforderlich. — Auf Anfrage der Verwaltung der Zahlstelle Berlin III wird beschlossen, daß die schriftliche Meldung der eingetretenen Arbeits-Unfähigkeit beim Zahlstellentassierer unter Umständen zulässig sein muß. Als Tag der Meldung gilt in solchem Fall der Tag der Abendung der Meldung durch die Post. Dementsprechend kann von der Zurückzahlung des Zuschusses für ein Tag bei dem Mitglied 1218 keine Rede sein. — Dem Mitglied 12 688 Einzelmitglied werden Fahrgebühren bewilligt. — Dem Mitglied 1847 Blankenhorn wird für 4 Wochen Unterstützung bewilligt. — Die Unterstützung für 6941 Mitterteich wird vertagt, bis Mitglied den gewünschten Aufschluß gegeben hat. — Unterstützung für 1484 Rothentrichen wird vertagt, bis nach Eingang des gewünschten Aufschlusses von der Zahlstellen-Verwaltung. — Dem Mitglied 6948 Kronach wird Unterstützung bewilligt. — Den Mitgliedern 1898 und 1904 Götting wird die beantragte Unterstützung abgelehnt. — Der Kassierer der Zahlstelle Gera hat einen Fehlbeitrag von 817,88 Mk. auf zu weisen; derselbe soll aufgefordert werden, den Betrag bis spätestens zu Neujahr ein zu senden. —

G. Wollmann, Vorsitzender. J. Schneider, Schriftführer.

### 124. Vorstandssitzung vom 10. Dezember 1906

Entschuldigt fehlen Wollmann, Welzel und Hoffmann. Von Meuselwitz beantragte Delegation eines Vorstandsvertreters wird abgelehnt und sollen den ausständigen Mitgliedern entsprechende Verhaltungs-Maßnahmen gegeben werden. — Von Sorau wird berichtet, daß einige Arbeitswillige wieder abgereist sind, im übrigen sei die Situation unverändert. In einer Rechtschuss-Sache soll gegen das Urteil erster Instanz Berufung eingelegt werden. — Im Anschluß an einen Bericht von Langenberg werden einzelnen Mitgliedern Zuschüsse aus freiwilligen Mitteln bewilligt. — In Martinstroda droht der Unternehmer mit Repressalien, wenn die Sperrkarte nicht aufgehoben wird, während die dortigen Mitglieder der Auffassung sind, daß von einer Aufhebung der Sperrkarte keine Rede sein kann, so lange über die gestellten Forderungen ein Einverständnis nicht erzielt wird. Der Vorstand schließt sich der Auffassung der Mitglieder an. — Ein Bericht über drohende Differenzen bei der Firma Peters-Eberfeld wird vorläufig zur Kenntnis genommen. — Einigen Mitgliedern in Magdeburg wird Rechtschuss bewilligt. — Der Schriftführer berichtet, daß in Teltow eine Aussprache mit der Firma in seinem Belohn statt gefunden und die schwebenden Streitfragen damit erledigt sind. — In Oberhausen drohen Lohn-Differenzen aus zu brechen; weiterer Bericht bleibt ab zu warten. — Dem Mitglied 11 157 Weiskammer wird Rechtschuss bewilligt; von der Einreichung einer Klage soll dem Mitglied ab geraten werden. — In einer Angelegenheit des Mitgliedes 718 Uckermark wird nochmalige Recherche beschlossen. — Der Isolatorendreher-Kommission werden 20 Mk. für gebaute Klagen bewilligt. — Dem Mitglied 9888 Oberkötzig wird Unterstützung nach § 22 des Statuts bewilligt. — Eine Zuschrift von Zell a. S. soll entsprechende Beantwortung finden. — Das im Auslande befindliche Einzelmitglied 11 901 beansprucht Rückzahlung der Beiträge, nachdem ihm Unterstützung nicht gewährt werden kann, dies wird abgelehnt. — 1857 Karl Neumann-Breslau wird vom Verband ausgeschlossen. — Ein Aufnahmegesuch von Eichenreuth muß abgelehnt werden, weil unsere Organisation hierfür nicht zuständig ist. — Franz Böhm, Maler in König, Paul Barisch, Altwasser werden mit 2-jähriger Straf-Ratenszeit aufgenommen. — Dem Mitglied 16 677 Einzelmitglied soll einmündlich werden, sich mit seinem Ansuchen an den Vorstand des österreichischen Verbandes zu wenden. — Ein Gesuch um Uebertritt aus dem Verband der Bau-, Erd- und gewerbl. Hilfsarbeiter des Mitgliedes Woll in Ober- und wird abgelehnt, weil N. sich früher im untern Verband schwere Verfehlungen gegen die Verbands-Interessen zu Schulden kommen ließ. — In Rechtschuss-Sache 24 598 Worboman wird das Urteil 2. Instanz zur Kenntnis genommen. — In Unterstützungs-Sache 12 765 Düffelwitz wird Vertagung und Rückfrage beschlossen.

G. Wollmann, Vorsitzender. J. Schneider, Schriftführer.

### Aus unserer Perle

Jahresabschluss. Kollegen! In dieser Nummer der Perle vollendet unser Jahr seinen 33. Jahrgang. Auch dieses Jahr ist dem die Perle ihren zu den 33. Jahrgang und nach besten Kräften deren Interessen und die der allgemeinen Arbeiterbewegung zu wahren befreit war, war reich überaus an für die Kollegschaft und die gesamte Bewegung wichtigen Momenten, Parakommissionen und Resultaten. Es war bisher immer der letzten Jahresnummer vorbehalten, in einem Artikel zusammen gefaßt, einen gedrängten Überblick über unsere Bemühungen und ihre Resultate im zurück liegenden Jahre zu geben. Dieses Mal müssen wir mit dieser Gewohnheit brechen. Die Gründe auf dem politischen Schauplatz in den letzten Jahren sind auch auf uns nicht ohne Einfluß geblieben. Die sonst im

Weihnachten und Neujahr herrschende Ruhe verdrängte jetzt der Kampf, den die Reichstagswahlen mit sich bringen. Und wir wären schlechte Mitkämpfer, wollten wir in dieser Zeit lebhaften Kampfes anschaulichen Betrachtungen uns hingeben. Nicht zurück, vorwärts wollen und müssen wir jetzt sehen. Mit einer Herausforderung der Regierungen und der herrschenden Parteien an das Volk schloß das alte Jahr. Mit einem ernst und heftig geführten Kampf um die Rechte des Volkes beginnt das neue. Tun wir unsere Pflicht! Stellen auch wir Porzellaner unseren Mann. Treten wir auf selte der einzigen Arbeiterpartei und geben wir unsere Stimmen am 25. Januar den sozialdemokratischen Kandidaten. Mit deren Sieg gewinnen auch wir den unsrigen. Und fangen wir so das neue Jahr an, so muß es gut werden!

**Musterschutz.** Auf nichts sehen die Güter der heutigen „Ordnung“ ängstlicher als auf die Wahrung der Eigentumsrechte, und der Gegenwartstaat kennt kein ärgeres Verbrechen als das gegen das private Eigentum gerichtete. Diese Auffassung liegt im Wesen der herrschenden „Ordnung“. Sie ist aufgebaut auf dem Privateigentum und jeder, der sich in irgend einer Weise gegen dasselbe vergeht, wird verfolgt, prozessiert und bestraft. Freilich macht man in dieser Beziehung auch viele Ausnahmen und nicht immer ist gegenwärtig eine an sich gleiche Handlung, für die die Begleitumstände eines Diebstahls vorliegen, in den Augen der Welt ein Diebstahl. Bei der Beurteilung der Straffälligkeit einer Handlung kommt es nämlich nicht zum wenigsten darauf an, wer diese Tat begeht und unter welchen Umständen sie begangen wird. Nehmen wir einmal den Diebstahl am geistigen Eigentum an. Bekanntlich ist ja auch dieses in der Welt der unbegrenzten Eigentumsbegriffe geschützt und muß es auch sein unter den gegebenen Verhältnissen. So werden einem Künstler, einem Gelehrten zc. seine Werke dadurch geschützt, daß ihm niemand dieselben ohne besondere Erlaubnis des Urhebers nach machen und verkaufen darf. Ebenso aber genießt auch der Fabrikant den Schutz des geistigen Eigentums. Insofern nämlich, als sich derselbe einen besonderen Artikel patentieren oder schützen lassen kann. Im letzteren Falle tritt dann der sogenannte Musterschutz ein. Darnach hat dann kein anderer Fabrikant oder Arbeiter das Recht, diesen Artikel in einem gewissen Zeitraum nach zu machen und zu verkaufen. Tut das der Unbefugte doch, so setzt er sich der Gefahr einer gerichtlichen Verfolgung und Bestrafung aus. So kann ein Fabrikant sich in seinen Spezialartikeln schützen. Aber höchst originell und doch wiederum so überaus kennzeichnend für die jetzt herrschende Ordnung ist es, daß derselbe Unternehmer, der einen unliebsamen Konkurrenten wegen Übertretung des Musterschutzes vor den Rabi zerzt, seinerseits sich durchaus nicht so streng an diesen Bestimmungen zum Schutze des geistigen Eigentums zu halten braucht. Insofern nicht, als er dem betreffenden Arbeiter gegenüber, der das Muster entworfen hat, durchaus zu keinen weiteren verbindlichen Verpflichtungen verpflichtet ist. Und so sehen wir denn auch hierbei wieder: Der im Lohn eines Unternehmers stehende Arbeiter erfindet, erfundet, gestaltet die neuen Muster, aber das Recht der Urheberschaft daran steht nicht ihm, sondern seinem Arbeitgeber zu. Dieser kann aus dem neuen Artikel, der durch seine geschmackvolle Form und Dekoration oder durch seine praktische Verwendbarkeit oder durch andere gute Eigenschaften sich auszeichnet und den Markt erobert, Geld über Geld verdienen, er ist nicht dazu verpflichtet, „seinem“ Arbeiter davon zu geben. So zeigt sich auch hierbei, wie die heutige Moral eine mit doppeltem Boden ist. Auf der einen Seite — wenn es sich um die Wahrnehmung der Interessen des Arbeitenden oder von Unternehmern handelt — herrscht die peinlichste Empfindlichkeit, unbarbarische Vergeltungssucht, und auf der anderen Seite — wo ein Arbeiter ein Nichtbesitzender mit seinen rechtlichen Ansprüchen in Betracht kommt — gelten weitestehende Nachsicht und skrupellose Rücksichtlosigkeit. Diese Auffassungen und Ansichten spiegeln sich ja auch in den verschiedenen Prozessen wieder, die in solchen Angelegenheiten ausgefochten werden. Wie selten ist es mal, daß ein Arbeiter gegen einen Unternehmer klagt und um wie vieles seltener, als es noch, wenn der Arbeiter gegen einen Fabrikanten, der gleich in unbeschränkter Weise mit dem geistigen Eigentum des Arbeitenden wirtschaften zu können ein obliegenendes Recht erlangt. Wie häufig sind dagegen die Fälle, in denen sich einzelne Fabrikanten daran freuen, wer von ihnen ein Recht hat, die Resultate der Geschicklichkeit und des Fleißens anderer aus zu beuten. Im allgemeinen können die Arbeiter derartigen Streitereien lächelnd gegenüber stehen, aber es ist doch nicht ohne Interesse für sie, zu sehen, wie man sich um den

Besitz dessen jant, was eigentlich allein dem Arbeiter gehört. Und so ist auch ein derartiger Streit für uns nicht uninteressant, der vor kurzem das Gericht in Meißen beschäftigte und über den berichtet wurde: „Die Steingutfabrik Wächtersbach in Hessen hatte gegen die Direktion der Aktiengesellschaft Steingutfabrik Sörnewitz bei Meißen Anzeige erstattet wegen gewerbsmäßiger Nachbildung ihrer mustergeschützten Dekorationen für Küchengeräte usw. Dem daraufhin eingeleiteten Strafverfahren wegen Vergehens gegen das Musterschutzesgesetz schloß sich die Anzeigerklatte als Nebenklägerin an. Angeklagt waren der technische Direktor Willy Bruno Sylvester Heckmann, der Kaufmann Bernhard Paul Adolf Heckmann, beide in Meißen, und der Mustermaler Johann Heufeler in Coswig, sämtlich Vorstandsmitglieder der Aktiengesellschaft Steingutfabrik Sörnewitz. Außer zwei Zeugen wurden zur Verhandlung vor der 3. Strafkammer als Sachverständige die Kunstmalers Bengius und Kluge aus Meißen vernommen. Die Beweisaufnahme ergab im Verein mit den Sachverständigengutachten, daß von der beklagten Sörnewitzer Steingutfabrik seit längerer Zeit die seit Februar 1904 mustergeschützten keramischen Geschmacksmuster, Dekorationen der Klägerin, nachgebildet und mit den damit gezielten keramischen Erzeugnissen zum Nachteil der Wächtersbacher Fabrik ein schmutziger Konkurrenzhandel getrieben worden ist. Willy und Bernhard Heckmann wurden mit der Begründung, daß sie beide mit der konsequenten Nachbildung eines geschützten Geschmacksmusters mindestens fahrlässig gegen das Musterschutzesgesetz verstoßen haben, zu je 1000 Mk. Geldstrafe und je 500 Mk. Geldbuße verurteilt. Heufeler wurde freigesprochen. Die vorhandenen Nachbildungen und Vorrichtungen zur Nachbildung werden zugunsten der Nebenklägerin eingezogen, resp. unbrauchbar gemacht.“

**Llognitz.** Ein Stück Arbeiterleben spiegelt sich in den Zeilen wieder, die uns einer unserer Kollegen dieser Tage sandte. Wir lassen — um den Eindruck der gegebenen Schilderung nicht ab zu schwächen, den Kollegen selbst reden: „Nach etwa sechs monatigem Kampfe wieder unterlegen. Heute wurde mir die bereits im Laufe der Woche angebotene Entlassung zu teil. Genau dasselbe Weihnachtsgeschenk als vor 7 Jahren in Penzig. Der Vorfall hier trug sich folgendermaßen zu: Voraus schicken will ich, daß ungezählte Plänkteleien wegen zu niedrigen Preisen die Vorböten der heutigen Schlussszene gewesen sein dürften; in deren Verlauf es mir ja auch gelungen war, meinen Durchschnittsverdienst auf 18 Mark zu bringen. Klägliche Errungenschaften nicht wahr? Zur Sache: Am vorigen Mittwoch kam der Bruder des Firmenmitinhabers Nixdorf, in Firma J. F. Richter, in die Malerei, um wie so manches Mal schon, den Malern, das Mißlingen des Frislüfters in die Schuhe zu schieben. Tatsächlich ist aber die mangelhafte Brennanlage die Ursache der Kalamität. Nixdorf jr. wurde von mir auf das Haltlose seiner Behauptungen verwiesen, woraus sich dann das übliche Hin und Her entspann. Da Nixdorf jr. nun nicht Recht bekam, machte er sich tags darauf eine Beschwerde unsererseits über das späte Quittieren abgelieferter Arbeit zu nutze, um uns das: „Wem's nicht paßt“ entgegen zu schleudern. Man muß diesen Mann kennen, um die Erregung zu begreifen, die sich nun auch in meinen Worten Luft machte: Mit der Hungerpeitsche zu drohen, dazu sei jedenfalls er (Nixdorf jr.) nicht die Person. Ich wurde entlassen und ein Familienvater ist vor Weihnachten arbeitslos geworden. Auf alle Fälle wird nun die Firma Maler suchen, denn ein anderer Kollege, welcher in den letzten fünf Wochen einen Durchschnittsverdienst von 18 Mk. bei voller Arbeit erzielte, hat infolgedessen gekündigt. Es werden somit zwei Plätze in der Abteilung Porzellan frei.“ Für unsere Kollege dürfte aus diesen Zeilen zur Genüge hervor gehen, daß sie gut tun, jenem Betriebe fern zu bleiben.

**Rhosniborg.** Man schreibt uns: In der hiesigen Steingutfabrik von R. Schanz & Co. herrscht bei den Drehermännern häufiger Mangel- und Brettermangel und dann kommt es außerdem häufig vor, daß während der Arbeitszeit die Maschine wegen Kohlenmangel steht. Nach der Fabrikordnung soll jeden Sonntagabend regelmäßig die Lohnzahlung um 5 1/2 Uhr statt finden, sie verzögert sich aber bis um 7 1/4 Uhr abends. Dann wird von den Obern bekannt gegeben, daß erst Sonntagvormittag ausgezahlt werden kann, weil das Geld meistens nicht zu reicht; während man vertröstet auf Dienstag oder Mittwoch. Ebenso unhaltbar sind die Verhältnisse in der Malerei, betreffs der Lohnzahlung. Auch müssen sich unsere Kollegen oftmals dazu verstehen, etwas ab zu lassen von dem in Rechnung gebrachten Lohn oder Vorschuß. Oftmals wird den Kollegen zugemutet, ihren Lohn stehen zu lassen wenn sie ihn nicht nötig brauchen. An Anbetracht der teuren Lebensverhältnisse am Orte wäre es wünschenswert, daß die ungünstigen Verhältnisse von Seiten der Firma bald beseitigt werden möchten. — Eine weitere

Meldung berichtet, die Firma von R. Schanz & Co. befindet sich seit dem 19. Dezember im Konkurs. Der Betrieb wurde bereits am 17. Dezember eingestellt.

**Vordamm.** Die Zustände in der Strehlmannfabrik führten schon öfters zu gerichtlichen Klagen von Arbeitern gegen die Betriebsleitung. So ging uns auch jetzt wieder ein Urteil zweiter Instanz über einen Fall zu, der sich in jenem Betriebe zutrug und der überhaupt nicht nur von lokaler Bedeutung ist, sondern an dessen prinzipieller Entscheidung die gesamte Kollegenschaft interessiert ist. Die Sache spielte sich — nach den uns vorliegenden Umständen zu schließen — folgendermaßen ab: Ein Dreher war an einer Schubscheibe beschäftigt. Da kam eines Tages der Oberdreher zu diesem im Altkorb arbeitenden Kollegen und forderte ihn auf, von nun an seinen Platz an eine Maschinenscheibe zu verlegen. Damit war der Dreher nur unter der Bedingung einverstanden, daß ihm während der ersten Woche seiner neuen Beschäftigung ein bestimmter Lohn garantiert würde. Der Kollege begründete diese Forderung damit, daß er sagte, die Arbeit an der Maschinenscheibe sei eine für ihn ungewohnte Arbeit und er habe infolgedessen in der ersten Zeit einen Verdienstaussfall. Auch bedeute dieser Platzwechsel demnach ein neues Arbeitsverhältnis und diese Arbeitsänderung setze eine Kündigungsfrist für das alte voraus. Der Oberdreher ließ diese Einwände nicht gelten, der Kollege mußte mit der Arbeit sofort aufhören. Die Kündigungsfrist wurde ihm nicht vergütet. Das darauf von den geschädigten Arbeiter angerufene Amtsgericht Driesen entschied zu Gunsten des Klägers und das amtsgerichtliche Urteil verpflichtete die Firma zur Auszahlung des Lohnbetrages für zwei Wochen. Gegen diesen Entscheid legte die beklagte Firma bei dem Landgericht Landsberg a. d. W. Berufung ein. Diese zweite Instanz warf das Urteil der ersten um und wies die Klage des Arbeiters in allen Teilen ab. Das Gericht ging dabei von der Auffassung aus, daß die Forderung des Arbeiters, nur unter den von ihm gestellten Bedingungen die neue Arbeit an zu nehmen, eine beharrliche Weigerung in sich schließt. Diese beharrliche Weigerung aber gebe dem Unternehmer das Recht, den Arbeiter sofort zu entlassen. — Man kann an diesem Urteil nur zu gut sehen, wie ungemein schwer es diesen Leuten als Richter fällt, sich in die wahre Sachlage hinein zu denken und wie sie eben auf Grund ihres Fremdsinns mit dem Arbeiterleben in dem Entgegenkommen des Arbeiters eine beharrliche Weigerung sehen. Unseres Erachtens nach hat die erste Instanz das Richtige getroffen. Eine Arbeit, bei der der Arbeiter voraussichtlich auf einen geringeren Verdienst kommt, bedeutet ohne weiteres ein neues Arbeitsverhältnis, das sofort ein zu gehen kein Arbeiter die Verpflichtung haben kann. Nach dem Entscheid des landsberger Landgerichts mußte demnach auch ein im Zeitlohn stehender Arbeiter sofort auf einen andern Platz sich stellen lassen, wenn auch dieser Wechsel für ihn eine Einbuße am Wochenlohn bedeutet. Das wäre aber ein ganz halloser, der klaren Bestimmung der Gewerbeordnung über die Einhaltung einer vereinbarten Kündigungsfrist direkt widersprechender Zustand. Ganz abgesehen davon, daß derartige Urteile ein System der Willkürlichkeiten von Unternehmern und ihren Beamten gegen die Arbeiter groß ziehen müssen, wie man es sich ärger gar nicht denken kann. Den Schlichterungen jeder Art wäre Tor und Tür geöffnet. Es ist daher zu wünschen, daß ähnliche Entscheide nicht wieder gefällt werden, sondern wir wollen hoffen, daß das Urteil des landsberger Landgerichts eine Ausnahme bleibt.

### Vermischtes

**Bei der Volkszählung am 1. Dezember 1905 im Deutschen Reich** wurden vorläufig folgende Ziffern festgestellt: **Preußen** 9 640 227, **Besprockungen** 1 641 936, **Stadt Berlin** 1 100 000, **Brandenburg** 3 529 839, **Pommern** 1 182 125, **Posen** 1 560 267, **Schlesien** 3 358 223, **Sachsen** 2 978 679, **Schleswig-Holstein** 304 339, **Sachsen-Altenburg** 275 699, **Württemberg** 3 618 193, **Bayern** 4 102 767, **Württemberg** 1 357 773, **Sachsen-Meiningen** 268 659, **Sachsen-Coburg-Gotha** 242 292, **Anhalt** 328 007, **Schwarzburg-Sondershausen** 85 175, **Schwarzburg-Rudolstadt** 96 830, **Waldeck** 59 135, **Reuß ältere Linie** 20 599, **Reuß jüngere Linie** 144 570, **Schwarzburg-Rudolstadt** 24 992, **Bayern** 145 610, **Sachsen** 105 857, **Bremen** 263 426, **Hamburg** 875 090, **Elb-Verbindungen** 1 814 626, **Seelen**. Das gesamte Deutsche Reich zählte demnach rund 60 1/2 Millionen Seelen.

**Unternehmergewinne.** Nach einer vom Berliner Börsen-Courier gebrachten Zusammenstellung erstellten die 45 deutschen Lebensversicherungsanstalten im Jahre 1905 eine Gesamtprämie und Zinseneinnahme von 849 000 000 Mk. gegen 911 Millionen im Vorjahre. Das Vermögen der Gesellschaften wuchs von 3 588 000 000 Mk. auf 8 887 000 000 Mk. und der Gesamtüberschuß von 101 000 000 Mk. auf 107 000 000 Mk. An erster Stelle mit allen Ziffern steht die „Victoria“, die allein einen Überschuß von 24 600 000 Mk. verzeichnet, dann folgt die Gotthard Lebensversicherungsanstalt mit 9 800 000 Mk. Überschuß, dann reihet sich an die „Germania“ mit 8 700 000 Mk. Sämtliche Gesellschaften hatten Ende 1905 einen Bestand von 2 945 871 Poltzen mit 8 808 982 494 Versicherungssumme. Größeres Interesse beanspruchen die geldichten Versicherungen. Im Jahre 1905 belief sich der Abgang durch Eintritt des Versicherungsfalles, das heißt infolge Ablebens des Versicherten oder Ablauf der auf Zeit abgeschlossenen Versicherungen auf 150 879 039 Mk., während durch vorzeitigen Rücklauf, Reduktion der Versicherungssumme und Verfall der Poltzen 174 959 587 Mk. in Abgang kamen.

**Vom Vereinsrecht.** In Bergisch-Gladbach hatte sich ein Zweigverein des christlichen Metallarbeiter-Verbandes gebildet, der nach dem Statut die Möglichkeit hatte, Frauen aufzunehmen, und solche aufnahm. Da nun der Verband zur Durchführung seines Zweckes, die Lage der Mitglieder zu heben, auch das Mittel der Beeinflussung der Gesetzgebung (des Parlaments etc.) in Aussicht genommen hat, so nahm die Polizeiverwaltung an, daß es sich um einen politischen Verein gemäß § 8 des preussischen Vereinsgesetzes handelt, dem Frauen nicht als Mitglieder angehören dürfen. Sie schritt aber nicht wegen Übertretung des § 8 des Gesetzes ein, sondern verlangte vom Vorstand, daß er ihr ein Statut einreichte, das den gesetzlichen Vorschriften entspreche, das heißt, welches die Mitgliedschaft von Frauen ausschliesse. Mit anderen Worten, die Polizei verlangte eine Aenderung der Statuten und die Einreichung des geänderten Statuts. Als der Vorstand dem nicht nachkam, wurden die fünf Vorstandsmitglieder wegen Übertretung des § 2 des Vereinsgesetzes angeklagt, welcher bestimmt: „Die Vorsteher von Vereinen, welche eine Einwirkung auf öffentliche Angelegenheiten bezwecken, sind verpflichtet, Statuten des Vereins und das Verzeichnis der Mitglieder binnen drei Tagen nach Einsetzung des Vereins und jede Aenderung der Statuten oder der Vereinsmitglieder binnen drei Tagen, nachdem sie eingetreten ist, der Ortspolizei zur Kenntnisnahme einzureichen, derselben auch auf Erfordern jede darauf bezügliche Auskunft zu erteilen.“ — Das Landgericht Köln als Berufungsinstanz sprach jedoch die Angeklagten frei und das Kammergericht verwarf die Revision der Staatsanwaltschaft mit folgender Begründung: Die Polizeibehörde erhalte durch das Vereinsgesetz nicht die Befugnis, solche Statuten zu verlangen, die ihr genehm seien. Sie müsse sich mit der Einreichung des Statuts begnügen, das ein Verein habe. Das hatte sie aber erhalten. Verstöße ein Verein gegen die Vorschriften des Vereinsgesetzes, dann stände es ja der Polizei frei, deswegen ein Strafverfahren zu veranlassen. Im vorliegenden Falle aber sei die Freisprechung gerechtfertigt.

### Feuilleton.

#### Ganz allein.

Kurz nach seiner Aufnahme in die Heilstätte war Franz wieder entlassen worden. Die Landesversicherungsanstalt teilte ihm mit, daß zurzeit ein Strafverfahren keinen Erfolg verspreche. Wohlwollend rief sie ihm, er möge sofort die Invalidenrente beantragen. Er wählte er Beschloß und seine Frau auch.

Vor sieben Jahren hatten sie aus Liebe geheiratet. Nicht war ihnen die Ehescheidung der in Verdes nicht geworden. Alles was Franz verdiente, gab er seiner Marie. Sie war ein guter Finanzminister. Er konnte nicht begreifen, wie sie es schaffte, um mit ihrem kleinen Verdienst so gut vorwärts zu kommen. Wie viele seiner Kollegen wollte er die Möbel auf Auktionshäuser nehmen. — Sie litt es nicht. Ein Teil, ein Tisch, zwei Stühle, der in anderer Gegend vom Mieter zu stellende Herd und das nötige Küchengerät — dazu langten die Ersparnisse.

Wie haben wenig Franz, aber es ist unter Eigentümern. Nach und nach trugen sie mehr. So hatte Maria gelacht und so war es auch gekommen. Trotz der drei Kinder, die angekommen und am Leben geblieben waren, hatte sie jetzt einen netten Haushalt und keine Schulden. Auch die Kosten für die schwere Operation, die Marie nach der letzten Krankheit durchgemacht hatte, waren bezahlt.

Das waren schlimme Tage gewesen für beide, als der Arzt

erklärt hatte: „Entweder möglichst bald Operation oder rasches Sterben und früher Tod.“ Marie hätte Angst vor dem, was sie durchmachen sollte, ja, aber er noch mehr. Seine schwache Marie, die sollte dort liegen auf dem schrecklichen Tisch; ach, die würde ja vergehen vor Angst, wenn sie die Ärzte mit weißen Kitteln und aufgefüllten Ärmeln sehen mußte. Er wollte ihr das Herz nicht schwer machen, sie nichts merken lassen von seiner Besorgnis. So gut er konnte, verstellte er sich, aber sie erriet Gedanken.

Und nun war sie stark und tröstete ihn. Der letzte Abend vor ihrer Aufnahme in die Klinik kam. Die Kinder schliefen. Marie und Franz hatten sich umschlungen. Lange sprach keins ein Wort. Als er aber plötzlich laut ausschlichzte, da zog sie seinen Kopf in ihren Schoß und versuchte ihm aus einander zu setzen, daß die Sache gar nicht schlimm sei.

„Und wenn es wirklich etwas weh tun sollte, das kann doch lange nicht so schlimm sein, wie bei der Geburt von Ernst. Als ich damals schreien wollte, dachte ich noch rechtzeitig an deine Angst — und bald war es überstanden. Wir konnten wieder lachen.“

Sie war ordentlich heiter geworden, als sie ihm zurief: „Was wettefst du, daß ich diesmal erst recht nicht schreie?“

Dann sprach sie ernst: „Steh mal, Franz, ich kann wenigstens ruhig einschlafen, wenn ich dort liege. Ich weiß doch, daß du unsere Kinder nicht verlassen würdest, wenn ich sterben sollte. Die Frau drüben vom Nachbarhause, die konnte fast nicht chloroformiert werden, weil sie so aufgeregt war. Wie würde ihr verkommener Mann die Kinder mißhandeln und verderben, in welche Hände würden die Kleinen geraten, wenn die Behörde sie dem Trunkenbold abnähme, falls die Mutter gestorben wäre — diese Sorgen zermarteten den Kopf der armen Frau, als sie auf dem Operationstisch lag. Sie schienen stärker zu sein als das Chloroform.“

Getroßt war Marie in die Klinik gegangen.

Als die Operation stattfand, hatte Franz am Gartenzaun gestanden und sich beide Ohren zugehalten. Trotzdem hörte er immer deutlicher die Schmerzensschreie seines armen Weibes. Er wollte später lange nicht glauben, daß sie überhaupt nicht geschrien hatte.

Marie war gesund zurück gekehrt. Die Ärzte hatten ihr gesagt, daß sie keine Kinder mehr bekäme. Sie hatten ja auch das muntere Kleeblatt, das war genug. Der Verband, dem Franz angehörte, hatte einen günstigen Lohnarif abgeschlossen, der eine Lohnerhöhung sicherte. Sie durften besseren Zeiten entgegen sehen. Da wurde Franz krank.

Marie sitzt im Bureau des Arbeitersekretariats. In bebender Hand hält sie den Bescheid, der die Bewilligung der Rente verkündet. Der Sekretär soll prüfen, ob die Aufrechnung stimmt, sonst ist ja nichts mehr zu machen. Marie weiß es: ihr Franz muß sterben — jetzt, mit 32 Jahren.

Sie weint nicht, wenigstens hier nicht, daheim wohl. Sie wundert sich bloß. Ihre blauen Augen blicken erstaunt, daß so etwas möglich ist. Jetzt sterben, wo Franz ihrer Meinung nach erst richtig anfangen sollte zu leben!

„32 Jahre, und immer solide gewesen — treu für die Familie gesorgt — in Partei und Gewerkschaft stets seine Pflicht getan. Und andere? Die vertrinken den Verdienst, mißhandeln Frau und Kinder, kümmern sich um keine Organisation — und bleiben gesund.“

Der Sekretär erzählt ihr, daß von den Schwindsüchtigen, die er durch seinen Beruf kennt, nur die Minderheit sich in gesunden Tagen um die Organisation gekümmert habe.

Sie antwortet: „Es gibt aber doch Männer, deren Tod eine Wohltat für die Familie und kein Verlust für die Mitarbeiter wäre — und die werden alt. Hätte mein Mann sich nicht so viel über die Indifferenten und über die lange Arbeitszeit geärgert, so wäre er vielleicht noch gesund. Bedenken Sie: Zehn Stunden Arbeit, oft noch Ueberstunden, die einer machen muß, wenn er nicht entlassen werden will. Eine halbe Stunde Weg bis zur Fabrik — dann die Versammlungen und Sitzungen, die doch notwendig sind — wieviel Zeit bleibt da dem Mann für die Familie? Wenn er nun aber seine Familie gern hat und sich darnach sehnt, täglich einige Stunden in ihrem Kreise zuzubringen, — wenn er die Maler nicht dankenlos mitmacht, sondern ernst nimmt — wenn er sich überlegt, wie alles so leicht zu verwirklichen wäre, — und er muß dann jahraus jahrein neben so manchem Tier im Betrieb schuften, das nur Arbeit, Essen und Schlaf kennt, ihn verhöhnt, wenn er es zu einem denkenden Menschen machen will. Wenn er täglich das Loch abschütteln möchte und es doch nicht kann, weil er weiß, daß es an anderer Arbeitsstätte auch nicht anders ist — kann denn so einer nicht allmählich die Schwindsucht bekommen? Die Stumpfsinnigen trotten in ihrem Geleise weiter, ärgern sich nicht, denken nicht — und werden alt.“

Gern möchte der Sekretär trösten, aber das ist hier schwer. Schließlich sagt er aufs Grabwohl: „Hoffentlich wird er es wenigstens bald überstanden haben und nicht so lange leiden müssen.“

Da spricht Marie mit fester Stimme: „Nein, er soll leben so lange als irgend möglich. Ich will ihn pflegen, so gut ich kann. Was auch die Krankheit bringen mag, ich will vor nichts Grauen empfinden. Für jede Hilfe, die ich ihm leisten kann, will ich dankbar sein — nur soll er noch leben, denn nach seinem Tode stehe ich ja ganz allein. Mit den Kindern kann ich mich nicht aussprechen wie mit ihm, und mit fremden Leuten erst recht nicht. Er soll leben, damit wir noch miteinander sprechen können.“

Schon in der Tür, kehrt Marie noch einmal zurück und fragt, ob es denn richtig sei, daß Franz die Rente auch für 26 Wochen zustehe, in denen er noch Krankengeld bezogen hatte. Was ihr nicht zusteht, das will sie nicht, trotz ihrer Not.

Arme Marie! Lasse deinen Franz nur das Geld holen. Es ist ja sein letzter großer Zahlungstag. Von nun ab kann er dir im Monat nicht mehr so viel geben wie früher in der Woche. Die Versicherungsanstalt irrt sich nicht leicht zugunsten ihrer „Rentner.“

Schwindsüchtige fallen gewöhnlich mit den Blättern im Herbst oder gehen mit dem ersten Frühling. Marie hat ihren Mann mit ihrer starken Liebe gegen den Tod verteidigt durch Herbst, Winter und Frühling. Als der Sommer seinen Einzug gehalten hatte, konnte sie das fliehende Leben nicht mehr halten. Was er ihr und sie ihm in der langen Zeit noch gesagt hat, das konnte ihnen freilich kein anderer sagen. Aber ganz allein wird sie jetzt doch nicht sein, und auch vor dem Jammer preußischer Armen „pflege“ soll sie bewahrt bleiben. A. Möller („Gleichheit“)

## Versammlungsberichte etc.

m Kahla. Der hauptsächlichste Punkt der Tagesordnung unserer Versammlung vom 1. Dezember war die Verwaltungswahl und nahm dieselbe fast den ganzen Abend in Anspruch. Die Zwischenpausen, während welchen die betreffenden Kommissionen die Resultate der verschiedenen Wahlen fest stellten, wurden dazu benützt, um Punkt „Verschiedenes“ zu erledigen. Der Vorsitzende teilt zunächst mit, daß der Dreher F. mit 2 Jahren Strafkarenzzeit in den Verband aufgenommen worden ist. Ferner macht er die Mitteilung, daß dem Genossen A. S. 10 Mk. aus dem örtlichen Unterstützungsfonds bewilligt worden seien. Ueber die, in den letzten Nummern der „Amesse“ seitens des Genossen Wollmann erörterte Materie, die Ausfüllung der statistischen Formulare betreffend, verbreiten sich die Genossen Waldmann und Meinhardt des längeren, die Verbandsmitglieder an ihre diesbezügliche Pflicht erinnernd und betonend, daß sich jedes Verbandsmitglied dieser kleinen Mühe zu unterziehen habe im Interesse der Allgemeinheit. Ein jeder in der modernen Arbeiterbewegung stehende Genosse sowie auch jede Genossin müßte einmal mit der Saumseligkeit in dieser Beziehung brechen und müßte begreifen lernen, daß die Ausgabe für Drucklegung dieser Formulare vom Verband nicht deshalb gemacht wird, um zu erfahren, was jedes Verbandsmitglied verdient, um darnach seine Beiträge für den Verband zu kontrollieren, wie so manche behaupten, sondern die gewissenhaften Angaben in den Formularen sind außerordentlich wertvoll bei mancherlei Gelegenheiten. Wir hoffen also, daß die anwesenden 220 Mitglieder das Gebührende herzeigen und auch ihre Nebengenossen die alles andere dem Versammlungsbesuche vorziehen, über den Wert der Lohnstatistik aufklären. Das inzwischen eingegangene Resultat der Wahl eines Vorsitzenden wurde bekannt gegeben. Nach demselben ist Hermann Sasse, Maler, gewählt. Der bisherige Vorsitzende hatte eine Wiederwahl abgelehnt. Ebenso der Schriftführer, welcher eine Wiederwahl infolge seiner Tätigkeit in politischen wie auch sozialpolitischen Vertrauensstellungen ablehnte. An seiner Stelle wurde Hermann Voigt, Maler, gewählt. Kassierer bleibt Genosse Bühl. Und nun Verbandsgenossinnen und -Genossen! Ein arbeitsreiches und mühevolleres Jahr der Arbeiterbewegung haben wir hinter uns. Wie oft ist an alle unsere Kolleginnen und Kollegen in Kahla von dieser hohen Warte aus der Ruf ergangen: Mit zu arbeiten an dem großen Werke des Befreiungskampfes aus den drückenden Fesseln des Kapitals und ebenso oft hat dieser Ruf das Ohr so manches gleichgiltigen Kollegen nicht gefunden, obgleich die Verhältnisse in Kahla im lezt verfloßenen Jahre dazu angetan waren, auch dem Allergleichgiltigsten die Augen zu öffnen. Wir wollen aber nicht verzagen, sondern hoffen, daß im neuen Jahre ein frischer fröhlicher Geist Einkehr hält und alle unsere Mitglieder mit dem Mute befeelt, dessen ein Kämpfer für bessere Lebenshaltung bedarf. Nicht allein in die Weite wollen wir die Bewegung ausbreiten und viele Mitglieder werben, sondern wir versuchen, die vielen Mitglieder als tüchtige Kämpfer aus zu bilden und sie als zielbewußte Klassengenossen zu erziehen. Darum nochmals, Kollegen von Kahla! Wenn ihr schon den Mut hattet, euch der Organisation an zu schließen, so überwindet auch noch den letzten Rest von Gleichgiltigkeit und erscheint im nächsten Jahre Mann für Mann in den Versammlungen!

„Willst Du den Kampf den großen wagen, so setz zuerst Dich selber ein!  
Wer fremde Fesseln will zerschlagen, darf nicht sein eig'ner Sklave sein!“

sch. Markt-Redwitz. Die Versammlung vom 1. Dezember war ziemlich gut besucht. Der Kassierer erstattete den Bericht vom 3. Quartal. Die Revisoren haben alles für richtig befunden, worauf dem Kassierer Decharge erteilt wird. Die Neuwahl ging flott von statten. Der Bericht der Lohnstatistik-Kontrolleure war einigermaßen zufriedenstellend, jedoch sind einige Kollegen darunter, die sich weigern, ihre Statistik vor-

### Arbeitsmarkt

Arbeiterkostenlos. Bei Offerten auf Offerte muß Wort bei gelegt werden, da sonst die Weiterbeförderung nicht erfolgen kann.

**Formengießer**, 21 Jahre, bis jetzt als solcher in der Ge-Offerten unter W. 11. erbeten.

**Obermaler**, wichtig u. erfahren im figurativen (für Porzellan) sowie Gebrauch-Geschir (in Porzellan und Stein-Offerten unter D. 570 erbeten.

**Porzellanschmelzer** sucht baldigst Stellung. Gest. Off. unter M. 2. an die Expedition dieses Blattes erbeten.

**Schiffenmaler** auf Apothekerstandgefäße, der auch brennen und emailieren kann, sucht Stellung. Gest. Offerten unter C. 8. postlagernd Cannstatt erbeten.

**Schriftenmaler**, speziell für Farbschrift, findet lohnende und dauernde Beschäftigung in der Schweiz. Offerten erbittet K. Nebelung in Oberrieden am Zürichsee.

**Maler**, geübt in Militärartikeln, tüchtig in Schrift, Monogramm, Emailleschilder und Apotheker-Standgefäße sucht Stellung. Offerten unter A. 150.

### Geschäfts-Anzeigen etc.

Für Privatanzeigen beträgt der Preis der 2 gespaltenen Zeile oder deren Raum 80 Pfennige. Vorausbezahlung ist Bedingung.

**Goldschmiere** sowie alle goldhaltigen Sachen kauft zu den höchsten Preisen bei pünktlicher, reeller Bedienung **Martin Kaufmann, Zwickau, Sa., Grimmitzauerstr. 27.**

**Goldschmiere**, Goldflaschen und alle goldhaltigen Sachen reeller Bedienung **Oskar Rottmann, Stadtilm in Thüringen.**

**Goldschmiere**, sowie goldhaltige Lappen Pinsel, Paletten, Flaschen, Näpfe u. s. w. werden aus- geschmolzen und das Gramm Fein-Gold mit 2 Mt. 60 Pfg. angekauft. Sendungen werden schnell erledigt. **H. Haupt, Dresden-A., Sneyenaustr. 6.**

**Goldschmiere**, verdicktes Glanzgold, sowie alle goldhaltigen Sachen kauft stets zu höchsten Preisen bei pünktlicher und reeller Bedienung **Emil Böhme, Eisenberg S.-A.** Man verlange Prospekt. Aesthetes Geschäft dieser Art.

**Schwämme!** Für 5 Mt. v. sende 5, 10 oder 20 Stück Schwämme. Wiederverkäufer hohen Rabatt. **Max Schwan, Rixdorf b. Berlin, Jonasstr. 8.**

**Goldwatte • Staubgold • Goldabfälle • etc.** Höchste Preise dafür zahl' Frau **A. Hecht, Berlin N., Strelitzerstr. 70.**

**Staubgold \* Goldwatte \* Glanzgold** und alle in der Vergoldung vorkommenden Abfälle kauft zu höchsten Preisen **S. Salomon, Berlin C., Schillingstraße 21/22, Ecke Kaiserstraße.** Alle Sendungen und Aufträge werden postwendend erledigt.

**Goldschmiere u. alle goldhaltig. Sachen** kauft zu höchsten Preisen bei streng-reeller Bedienung (Preisliste frei) **Otto Seifert, Zwickau in Sachsen, Osterweibstr. 18.**

**Alle goldhaltigen Sachen** kauft bei reeller Bedienung zu den höchsten Preisen **Franz Karl, Niederplanitz b. Zwickau in Sachsen.**

**Achtung!** Bis auf Weiteres sind alle auf die Redaktion und Expedition Bezug nehmenden Zuschriften und Sendungen an **Georg Wolmann** zu richten. Die Redaktion.

Herausgeg. v. Verbände v. Porzellan- u. verwand. Arbeiter u. Arbeiterinnen. Redaktion und Verlag: **Fritz Zietz, Charlottenburg, Rosinenstr. 8.** Druck von **Otto Goerke, Charlottenburg, Wallstr. 68.**

jüngsten. Um die Sache ins reine zu bekommen, soll den Betreffenden anheim gestellt werden, sich den Beschlüssen zu fügen. Unter Hinweis und Beschwerden kam es zu einer längeren Debatte, welche der Präsident zum Schluß beendete. Es beschwerten sich einige Mitglieder wegen Krankheits-entziehung für einige Tage, worauf folgende Resolution eingeleitet ist und angenommen wurde: Die am 1. Dezember 1906 statt gefundene Zahlstellersammlung erhebt Protest gegen die vom Hauptverband ge- machte, resp. die vom Vereinigte Krankunterstützung und Hilfe, um Hilfe, Ferner wurde beschlossen, den Mastenball am 11. Februar im Hotel Kaiserhof ab zu halten.

**Potschappel.** Die am 10. Dezember statt gehabte Versammlung war von 88 Mitgliedern besucht. Infolge Nichterscheinens des Referenten Herrn Doell wurde sogleich zu den Neuwahlen geschritten. Im ver- liefenen Jahre wurden 16 Versammlungen abgehalten, welche durch- schnittlich von 85 Mitgliedern besucht waren. Scharf gerügt wurde, daß viele Zahlen der Verbandsbeiträge und viele folgender Antrag einstimmig angenommen: Mitglieder, welche vier Wochen nach Quartalschluß mit ihren Beiträgen noch im Rückstand sind, werden in den Zahlstellen-Ver- sammlungen bekannt gegeben. Es ist im höchsten Maße beschämend, daß man solche Maßregeln ergreifen muß, um die Beiträge ordnungs- gemäß abliefern zu können. Betreffs eines Stiftungsfestes werden die nötigen Vorarbeiten einem Ausschuss überwiesen. Mit einem Mahnruf an die Anwesenden, jederzeit die Versammlung zu besuchen, allezeit auf dem Posten sein, die Organisation fördern und stärken helfen, schloß der Vorsitzende die Versammlung.

**Tannroda.** In der am 8. November abgehaltenen Monats- versammlung bei wurden der vorgenommenen Neuwahl der Vorsitzende und Kassierer einstimmig wieder gewählt, während der Schriftführer wegen Wegzug durch einen neuen ersetzt werden mußte. Daraus an- schließend erstattete der Kassierer Bericht über das am 2. Dezember ab- gehaltene Stiftungsfest. Daraus ergab sich, daß wir einen kleinen finanziellen Ueberschuss hatten. Noch erfreulicher aber ist, sagen zu können, daß unsere Zahlstelle sich im Laufe dieses Jahres von 15 auf 44 Mitglieder (darunter 7 weibliche und 4 Lehrlinge) entwickelt hat. Der Versammlungsbesuch von den männlichen sowie weiblichen Mitgliedern war das ganze Jahr hindurch ein zufriedenstellender. Hierauf erläuterte der Vorsitzende die Notwendigkeit der genauen Ausfüllung der Statistik indem er darauf hinwies, daß die Statistik hauptsächlich den Zweck hat, genau fest zu stellen, wie es in unserem Berufe mit den Durchschnittsver- dienst bestellt ist und unter welchen Bedingungen derselbe erreicht wird. Der Vorsitzende ermahnt deshalb alle Anwesenden, mit der Ausfüllung recht pünktlich und genau zu verfahren. Im übrigen werden die Vertrauensleute angewiesen, ihre Pflicht zu erfüllen. Gegen das Mitglied 18281 Fritz Seyfarth wurde wegen gemeiner Demütigung der Antrag auf Ausschluß vom Verband gestellt, welcher auch in der darauf folgenden Abstimmung einstimmig angenommen wurde. Für streikende Kollegen in Sorau er- gab eine Sammlung 4,40 Mt.

### Versammlungskalender.

Im eigenen Interesse aller unserer Mitglieder wird darauf hin gewiesen, daß es die Pflicht einer jeden Kollegin und eines jedes Kollegen ist, die von ihren Zahlstellen anberaumten Versammlungen pünktlich zu besuchen.

- Elsasch.** Sonnabend, 29. Dezember, im Restaurant „Goldener Engel“. Sämtliche Lohnstatistiken sind mit zu bringen.
- Gräfenhain.** Sonntag, 6. Januar 1907, nachm. 8 Uhr, im Gasthof zum Steiger. Wichtige Tagesordnung. Lohnstatistiken pro 1906 sind ab zu geben.
- Gräfenhain.** Sonntag, 30. Dezember, nachmittags 2 Uhr, im Schließ- haus. Lohnstatistiken mit bringen.
- Ilmenau.** Montag, den 14. Januar 1907, Brenner- und Schmelzer- Versammlung im „Deutschen Haus“.
- Schwarzenbach.** Sonnabend, 5. Januar, abends 8 Uhr, bei Erhart Köppl. Lohnstatistiken sind ausgefüllt mit zu bringen.
- Vogelsack.** Sonntag 6. Januar, nachmittags 8 Uhr, bei W. Oberbeck, Buchstr. 8. Lohnstatistiken ausgefüllt mit bringen.

### Sterbetafel.

**Plaue** Max Stiehl, Dreher, z. Z. Soldat, geboren am 16. Juni 1886 in Plaue, gestorben am 26. November 1906 in Erfurt am Typhus.

Ehre seinem Andenken!

### ANZEIGEN.

**Achtung!** Berlin III. Die für den 8. Januar angelegte Zahlstellen-Versammlung findet nicht statt, dafür **Berlin II u. III.** Sonnabend, den 5. Januar 1907, abends 8 1/2 Uhr, **Kombinierte Versammlung** im Gewerkschaftshaus, Saal 1, Engelstr. 16. Die Verschmelzung beider Zahlstellen. Lohnstatistiken abliefern. Die Verwaltungen.

**Meuselwitz.** Den Mitgliedern zur Kenntnis, daß sämtliche Bei- träge wegen Uebergabe der Kasse bis spätestens den 18. Januar entrichtet sein müssen. Ferner müssen sämtliche Mit- glieder die Lohnstatistiken ordnungsgemäß ausfüllen und zum Jahres- schluß an den Kassierer abgeben.